

Antikriegstag ist auch Weltflüchtlingstag – Die Träger des Friedensnobelpreises haben versagt!

Anlässlich des Antikriegstages am 1. September 2015 erklärt Angelika Beer, MdL Piraten SH:

Der diesjährige Antikriegstag am ersten September steht im Zeichen der weltweiten Flüchtlingswanderung und des Flüchtlingselends. Millionen Menschen sind auf internationale Überlebenshilfe angewiesen, um den nächsten Tag überhaupt zu erleben. Die Dunkelziffer derjenigen, die keine Hilfe bekommen, können wir nur mit Betroffenheit erahnen. Nur wenigen Menschen gelingt die Flucht in eine neue Zukunft, so sie die Flucht denn überleben. Dies ist noch längst keine Flucht in eine menschenwürdige Zukunft. Denn viele Länder, in oder durch sie ihre Flucht treibt, gewähren die Grund- und Menschenrechte nicht.

Was muss noch passieren, damit die Friedensnobelpreisträger ihre Verantwortung übernehmen? Der erst längst überfällige Schritt hierzu wäre das Geständnis, dass sie selbst an der Entstehung – und dann Aufrechterhaltung – der Fluchtursachen Schuld tragen. Der zweite Schritt wäre, daraus Konsequenzen zu ziehen und den Menschen das Überleben zu gestatten, also zu ermöglichen. Also legale Fluchtwege zu schaffen.

Aber davon sind sowohl die Europäische Union und ihre 28 Mitgliedsstaaten wie auch die USA weit entfernt. Mehr noch, beide haben kläglich versagt. Die EU Mitgliedsstaaten haben zum 30. Jahrestag des Schengen-Abkommens die Freiheit, sich frei zu bewegen, faktisch ad acta gelegt. Neue Zäune und Mauern entstehen rund um, sowie innerhalb Europas. Es gibt keine Solidarität in Europa – weder mit den Flüchtlingen noch untereinander. Das Europäische Friedensprojekt scheitert – und es fehlt dennoch an dem gemeinsamen Willen, dieses Scheitern zu verhindern.

Parallel zur Forderung nach weiteren europäischen Gipfeln rüstet die EU gegen Flüchtlinge auf. Statt endlich europäische Botschaften in den Krisenregionen zu errichten, um von dort legale Fluchtwege in die Sicherheit zu schaffen, fixiert man sich auf den – auch militärischen Kampf – gegen Schlepper. Dabei wissen wir: die Errichtung der Festung Europa ist die Ursache dafür, dass Schlepper ihr übles Handwerk betreiben können. Und wir alle wissen: Kein Zaun, keine Mauer, kein Minengürtel kann verhindern, dass in Not geratene und getriebene Menschen alles tun, um ihr Leben zu retten. Anstatt die Europäische Außenpolitik auf eine Friedenspolitik umzustellen, werden leichtfertig Waffen geliefert, wie jüngst an die Peshmerga im Kampf gegen den IS. Man hat sich damit abgefunden, dass Assad bleibt – und nimmt in Kauf, den Konflikt zwischen Kurden und dem NATO Partner Türkei weiter anzuhizen. Freiheit und auch Frieden kommen eben nicht aus Gewehrläufen!

Die EU bzw. einzelne Mitgliedsstaaten haben die USA in den zurückliegenden Jahren bei Militärinterventionen wie in Afghanistan, Syrien, Irak, Libyen unterstützt. Die Träger des Friedensnobelpreises, Barak Obama und die EU,

sind sich einig, dass wirtschaftliche und strategische Interessen in der Weltpolitik diktieren, ob man mit Diktatoren paktiert oder sie bekämpft. Über die fatalen Auswirkungen für die Bevölkerung hat man sich keine Gedanken gemacht – und ignoriert sie auch heute noch. Warum traut sich Europa nicht, die USA aufzufordern, die Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa und bei uns zu unterstützen?

Fatal ist, dass selbst jetzt, wo noch Möglichkeiten zur Umkehr bestehen, genau das Gegenteil gemacht wird. Ein Teufelskreis.

Die EU hat es aufgrund der nicht existierenden gemeinsamen europäischen Außenpolitik versäumt, die Kriege auf dem Balkan zu verhindern. Die Balkanländer in Mitten Europas werden, statt sie aufzunehmen, stigmatisiert. Neue Konflikte werden in Kauf genommen. Und anstatt ihnen jetzt die Türen zu öffnen, werden sie zu sicheren Herkunftsländern erklärt, um das Grundrecht auf Asyl bis zur Unkenntlichkeit zu verstümmeln. Die Diskriminierung und Verfolgung, insbesondere der Roma, wird billigend in Kauf genommen. Die EU-Roma-Strategie ist das Papier nicht wert, auf der sie steht, denn auch sie verwehrt den Roma die grundlegenden Menschenrechte.

Und Deutschland? Deutschland leistet sich den Luxus, wie schon vor 10 Jahren, über ein Einwanderungsgesetz zu lamentieren. Wir sind ein Einwanderungsland! Und was vor 10 Jahren unter Gerhard Schröder und Otto Schily nicht gelang, wird auch heute nicht zum Wohle der Flüchtlinge sein. Denn es wird erneut versucht, nach „guten“ und nach „schlechten“ Flüchtlingen zu sortieren. Und ein Einwanderungskompromiss wird erneut jene ausgrenzen, die unserer alternden Gesellschaft keinen wirtschaftlichen Vorteil bringen.

Und so droht auch in Deutschland die Gefahr, dass - wie bereits in anderen EU Mitgliedsstaaten, die der Renationalisierung das Wort reden - die Stimmung kippt und der Rechte Mob auf die Flüchtlinge losgelassen wird oder man ihn zumindest gewähren lässt. Wir sollten das klar benennen: das ist nichts anderes als politische Brandstiftung. Diesen Teufelskreis zu durchbrechen erfordert Solidarität, Zivilcourage und den täglichen Kampf zur Wahrung unserer Demokratie!